

Annoucen.
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen.
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görtz
beim „Invalidendank“.

Nr. 647.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 15. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 14. September. Der König hat geruht: dem Gerichts-
schreiber, Sekretär Rath in Olpe, bei seiner Pensionirung, dem Sekre-
tär bei der Staatsanwaltschaft, Bräun in Görtz, den Charakter als
Kanzlei-Rath, und dem General-Sekretär des land- und forstwirth-
schaftlichen Hauptvereins für das Fürstenthum Hildesheim, C. Boyesen
zu Hildesheim, den Charakter als Oekonomie-Rath zu verleihen; sowie
den praktischen Arzt Dr. Weigmann zu Glas, der von der dortigen
Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesol-
deten Beigeordneten der genannten Stadt für die geistliche sechsjährige
Amtsdauer zu bestätigen.

Politische Uebersicht.

Posen, 15. September.

Die Barnbüler'schen sog. „Enthüllungen“ über
russisch-französische Bündnißverhandlungen können noch immer
nicht zur Ruhe kommen. Einer pariser Meldung von „Hirsch's
Tel.-B.“ zufolge soll Herr Waddington am Montag das direkte
Erzuchen an den Fürsten Bismarck gerichtet haben, die Barn-
büler'schen Behauptungen insofern wenigstens, als dieselben ihn
— Waddington — betrafen, durch eine Kundgebung der deut-
schen Regierung für unwahr und erfunden erklären zu lassen.
— Der brüsseler „Nord“, der gewöhnlich den aus den höheren
politischen Kreisen von Petersburg kommenden Inspirationen Worte
verleiht, ist, wie man erwarten konnte, auf die Barnbüler'schen
Enthüllungen sehr übel zu sprechen. Er nennt dieselben spöttisch
ein „sinnreiches Märchen“ und meint, Herr v. Barnbüler müsse
große Angst haben, bei den nächsten Wahlen durchzufallen, wenn
er zu so kläglichen Mitteln seine Zuflucht nehme. „Wenn“, sagt
das brüsseler Organ der russischen Staatskanzlei, „diese Clu-
brationen einer ernstlichen Erörterung werth wären, so dürfte die
Bemerkung genügen, daß, da die Okkupation Bosniens und der
Herzegowina eine der Klauseln des Berliner Vertrages bildete,
weder Deutschland derselben seine Zustimmung zu ertheilen, noch
Rußland an dieser angeblichen Zustimmung Anstoß zu nehmen
hatte.“ Der „Nord“ weist darauf hin, daß selbst die „Nord.
Allg. Ztg.“ bei all' ihrer Vorliebe für „Phantastik-Artikel“ die be-
treffende Stelle der Barnbüler'schen Rede ausgelassen habe.

Eine berliner Korrespondenz der prager „Bohemia“ meint, daß
die Enthüllungen Barnbüler's vollständig begründet seien, wenn auch
die romantische Version, daß Waddington Rußlands Offerte an
Bismarck gemeldet habe, unhaltbar sei. Vielmehr habe Bismarck
auf anderem Wege von den russisch-französischen Unterhandlungen
Kenntniß erhalten. Indessen herrsche keine Russenfurcht in
Deutschland, und auch die Entrevue in Friedrichsruhe sei in
keiner Weise gegen Rußland gerichtet gewesen. Fast durchweg
äußert sich übrigens die Presse ungünstig über die Barn-
büler'sche Geschwätzigkeit, und selbst seine konservativen Ge-
sinnungsverwandten in Preußen lassen ihn im Stiche. Die
„Kreuztg.“ bestreitet, daß Herr v. Barnbüler jemals zu
den in die große Politik Eingeweihten gehört habe.

Wer da weiß, mit welcher außerordentlichem Geheimnisse die aus-
wärtige Politik umgeben wird, so daß sie selbst den höchsten Reichs-
und Staatsbeamten, sofern sie nicht amtlich und direkt daran betheilig-
t sind, meist verborgen bleibt, der kann sich der Uebersetzung nicht
verschließen, daß diese Annahme richtig sein muß.

Aber auch sie kann ihre Verwunderung nicht unterdrücken,
daß ein amtliches Dementi der „Enthüllungen“ noch nicht er-
folgt ist.

In immer weiteren Dimensionen werden jetzt die an
dieser Stelle vor einigen Wochen gemachten Andeutungen über
die Steuerpläne der Reichsregierung, welche von den Offi-
ziellen damals heftig bestritten wurden, als zutreffend anerkannt.
Wir können heut hinzufügen, daß hinsichtlich der Spiritus-
steuer die Regierung nicht gewillt ist, die Initiative zu er-
greifen, sondern Anträge aus den konservativen Parteien er-
wartet, um auf dieselben einzugehen; daß ferner nur ein er-
höhter Betrag aus der Zuckersteuer in's Auge gefaßt ist,
ohne den Preis für den Zucker zu vertheuern. Die bezüglichen
Steuerpläne bildeten, wie jetzt bekannt wird, den ausschließlichen
Gegenstand der Verhandlung, welche soeben in Friedrichsruhe
stattgefunden hat. Der Aufenthalt des Dekretes in Friedrichs-
ruhe dauerte nur einen Tag. Unterstaatssekretär Scholz war be-
reits nach Berlin zurückgekehrt, als die Nachricht von seiner
Reise nach Friedrichsruhe in die Oeffentlichkeit gelangte.

Wie man hört, werden bei der kölnner Dombau-
feier die sämtlichen Mitglieder des Staatsministeriums den
Kaiser umgeben; schon mit Rücksicht darauf dürfte eine kurze
Vertagung des Beginns der Landtagsarbeiten zu erwarten sein.

Der katholische rheinisch-westfälische Adel
soll beschloffen haben, sich an der am 15. Oktober stattfindenden
Dombaufeier nicht zu betheiligen. Unter diesen Adligen befinden
sich bekanntlich eine Anzahl Personen, die dem Hofe sehr nahe
stehen oder im Besitze von Hofchargen sind. Auf die Haltung
des Führers der Ultramontanen am hiesigen Hofe, des Oberhof-
meisters der Kaiserin, Grafen Nesselrode, darf man einigermaßen
gespannt sein.

Wie berichtet wird, hat der neue Staatssekretär des Innern,
v. Böttcher, sich einige Zeit in Friedrichsruhe beim Reichs-
kanzler aufgehalten; die Ernennung seines Nachfolgers, als
welcher bestimmt der Reg.-Präsident zu Düsseldorf, v. Sage-
meister, genannt wird, zum Ober-Präsidenten von Schleswig-
Holstein, wird alsbald erfolgen, da im nächsten Monat die
Einberufung des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages ge-
plant ist.

Die Reichsbank hatte sich bisher trotz unablässigen und
übereinstimmenden Drängens aller Interessenten-Kreise bekanntlich
nicht bewegen gefühlt, in ihren wöchentlichen und Jahres-Aus-
weisen ihre Bestände an Gold und an Silber ge-
trennt aufzuführen. Erst jetzt, nachdem die neuerlichen
Diskonterhöhungen in weitesten Kreisen Besorgnisse und allerlei
Gerüchte über ein angeblich ganz ungeheürliches Mißverhältniß
zwischen den Gold- und den Silbervorräthen der Bank wach-
gerufen haben, erst jetzt soll, wie mit Bestimmtheit verlautet, die
Bankverwaltung gewillt sein, die geforderte Trennung in ihren
Ausweisen vorzunehmen. Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß
gerade der jetzigen Verhältnisse auf dem Edelmetallmarkte halber
die Ausweise der Reichsbank durch gesonderte Angabe des Gold-
vorraths außerordentlich an Werth gewinnen werden. Freilich
muß dabei noch der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen
werden, daß die Bankverwaltung bei dieser einen, der Geschäfts-
welt gemachten Konzeßion nicht stehen bleibt. Die Ausweise
laboriren seither bekanntlich noch an zwei anderen erheblichen
Mängeln, die der Abstellung dringend bedürfen: nämlich sum-
marische Angabe der Staats- und Privatguthaben als „sonstige
täglich fällige Verbindlichkeiten“ und sodann allzu späte Bekannt-
gabe der Wochen-Ausweise. Die Ausweise der Banken von
England und Frankreich, welche seit langen Jahren schon an
dem Abend desselben Tages, an dem sie abgeschlossen
werden, telegraphisch nach allen Windrichtungen verbreitet werden,
und welche altem Herkommen gemäß auch die Staats- und die
Privatguthaben stets gesondert angeben, dürften den Leitern der
Reichsbank als in jeder Beziehung nachahmenswerthe Beispiele
dringend zur Kenntnißnahme empfohlen werden. Wenn die Banken
von England und Frankreich von ihren Filialen so gut bedient
werden, daß sie sich über ihren Status vom Mittag bis Spät-
abend klar werden, so wird ja auch wohl die Deutsche Reichs-
bank, den guten Willen vorausgesetzt, nicht drei volle Tage dazu
brauchen, um mit der Zusammenstellung ihres Status fertig zu
werden.

Ueber die Verkehrserleichterungen an der
deutsch-österreichischen Grenze liegt eine weitere
Meldung vor. Bereits vor einigen Tagen brachte die „Neue
Freie Presse“ die Mittheilung, daß die deutsche Zollbehörde den
Eingangszoll für znamer ordinäres Kochgeschirr plötzlich von 1
auf 16 M. per 100 Kilogramm erhöhte. Die znamer Indu-
striellen wendeten sich an die brünner Handelskammer mit der
Bitte, beim Handelsministerium um Abhilfe zu erfuchen. Darauf-
hin intervenirte der Kammer-Präsident, Abg. Gomperz, persön-
lich beim Handelsminister, allein bis zur Stunde ist der Status
quo noch nicht erzielt. Jetzt wird demselben Blatte aus Znam
Folgendes geschrieben:

Die znamer Industriellen sind über die Resultatlosigkeit ihrer
Petition sehr bestürzt; der Schaden, den sie erleiden, wächst immer
mehr an. Durch den Export solchen Geschirres nach Deutschland bring-
en viele derselben einen nicht unbedeutenden Theil ihres Verdienstes
auf; das Geschirr, welches per 100 Kilo einen Werth von 16—20 Fl.
aufweist, soll nun auf einmal einen Zoll von 8 Fl. in Gold tragen.
Das Geschirr lagert nun, da es den erhöhten Zoll nicht verträgt, in
den Grenzzollämtern, und die Erzeuger werden auch selbst dann keinen
Vortheil haben, wenn ihrer Reklamation Folge gegeben wird, weil bis
dahin die Märkte vorüber sind.

Zu gleicher Zeit kommt aber noch folgender Bericht von der
böhmisch-sächsischen Grenze:

Am 2. d. M. haben österreichische Grenzbeamte drei Schmuggler,
welche auf das Galtrusen nicht Stand hielten, verurtheilt, den einen
am Kopfe, den anderen am Arme, den dritten an der Schulter. Die
Leute waren im Begriffe, Topfwaaren über die Grenze zu schmuggeln,
welche durch die von den Zollbehörden eingeführte neue Klassifikation
enorm vertheuert sind. Die seitens der deutschen Zollbeamten in
jüngster Zeit beliebte Verzollung der znamer Töpferwaare mit dem
Zollsaße von 16 M. ist wahrscheinlich nichts als eine Repressalie gegen
das seitens der österreichischen Zollbehörden gegenüber den oberlausitzer
und niederschlesischen Thonwaaren eingehaltene Verfahren. Die
Fabrikanten von Naumburg am Boder hatten schon im vorigen Jahre
vergeblich beim preussischen Ministerium dagegen remonstrirt, und erst
kürzlich führte eine Deputation von Töpfermeistern aus Pulsnitz,
Ramenz, Bischofsberga direkt beim König von Sachsen darüber Bes-
chwerde mit dem Bemerkten, daß sie vom Untergange bedroht seien,
wenn die deutsche Reichsregierung die Grenze nach Oesterreich ihr nicht
wieder zu öffnen vermöge.

Die letztere Mittheilung ist bereits von anderer Seite be-
stätigt und dahin ergänzt, daß die zittauer Handelskammer vom
sächsischen Ministerium des Innern zur schleunigen Abgabe eines
Gutachtens darüber aufgefordert sei, ob vom gewerblichen und
kommerziellen Standpunkte aus die Abfertigung des oberlausitzer
Töpfergeschirrs nach Pos. 51 d. 1 des österreichischen Zolltarifs
gerechtfertigt sei oder nicht. Zum Schluß wird wohl beim Ver-
edelungsverkehr von beiden Theilen die Auslegung endgiltig

adoptirt werden, welche die Fabrikanten im anderen Lande
möglichst schädigt. Gleichzeitig wird von der kürzlich in Wien
abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes österreichischer
Müller gemeldet, daß der Verbandsvorstand die Erklärung ab-
gegeben habe, von der Agitation in der Zollfrage nicht eher
ablassen zu wollen, als bis entweder der deutsche Wehlzoll wieder
aufgehoben oder in Oesterreich ein gleich hoher Zoll auf das von
Deutschland eingehende Mehl eingeführt sei. Das bereits vor
Jahr und Tag in Aussicht gestellte enge handelspolitische Bündniß
zwischen Deutschland und Oesterreich scheint nach diesen Vor-
kommnissen einem vollständigen Zollkriege immer ähnlicher werden
zu sollen.

Im Widerspruche mit einer Mittheilung der „Magdeb.
Zeitung“, dahin lautend, daß der Oberkirchenrath in
spätestens vierzehn Tagen den Generalsynodal-Vorstand einberu-
fen werde, um mit ihm zusammen über die Angelegenheit des
Oberpredigers Werner in Guben Beschluß zu
fassen, will die „N. Pr. Ztg.“ wissen, daß der Termin der
Einberufung des erwähnten Vorstandes noch nicht definitiv be-
stimmt worden ist. Es lasse sich jedoch annehmen, daß die
Sache im Oktober zum Austrage gelangen werde. Die „N. Pr.
Ztg.“ ist zugleich bemüht, gegen Herrn Werner Stimmung zu
machen, indem darauf hingewiesen wird, daß dasjenige, was
über den Inhalt der dem Oberkirchenrath vorliegenden Rechtfert-
igungsschrift verlautet, „an und für sich nicht geeignet erscheinen
dürfte, eine Bestätigung der Wahl des derzeitigen Gemeindefir-
chenrathes von St. Jakobi zu begründen“. Diese Andeu-
tungen richten sich gegen folgende Ausführung der „Magdeb.
Zeitung“:

„Die Ansicht, daß es unmöglich sei“, schreibt das Blatt, „Herrn
Werner die ihm vom brandenburgischen Konsistorium zugesprochene
Kanzel nachträglich zu versperren, gewinnt mehr und mehr Boden.
Durch die Zuziehung des Generalsynodal-Vorstandes zu dem Votum
des Oberkirchenrathes wird sich die Ansicht der Majorität des letzteren,
die mit der des Konsistoriums kongruent ist, nicht ändern lassen;
wennleich der Generalsynodal-Vorstand mehr Stimmen gegen als für
Werner abgeben wird, so stellt doch voraussichtlich der Oberkirchenrath
so viel Stimmen für Werner, daß die vereinigte Majorität der
zuziehenden Synodales immer noch in der Minorität verbleiben werden.
Wie im verstärkten Konsistorium, dürfte auch im verstärkten Oberfir-
chenrath eine Mehrheit von mindestens drei Stimmen zum Vorschein
kommen. Herr Werner hat bisher, obwohl von seiner gubener Ge-
meinde angegangen, die berliner Stelle nicht anzunehmen, der Jakobigemeinde
einen ablehnenden Bescheid nicht gegeben, schon weil hierdurch
das Verfahren gegen ihn hätte abgebrochen werden müssen, und die
Jakobigemeinde rechnet denn auch mit Bestimmtheit darauf, Herr Wer-
ner werde ihrem Rufe Folge leisten.“

Die internationale Postkonferenz zu Paris,
welche ursprünglich am 1. Oktober zusammentreten sollte, ist auf
Wunsch der französischen Regierung bis zum 9. Oktober vertagt
worden. Von Berlin aus begeben sich die Geheime Ober-Post-
räthe Günther und Miesner nach Paris. Hauptgegenstand der
Verhandlungen wird die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für
die Beförderung von Paketen durch die Post bilden. Die
Angelegenheit ist schon auf der letzten Postkonferenz angeregt
worden; es werden jetzt aus den früheren Verhandlungen die
Konsequenzen zu ziehen sein.

Der Kaiser von Oesterreich ist am Sonnabend in
Lemberg eingezogen. Die Begeisterung, mit der er
dort empfangen wurde, war nicht weniger warm, wie in Kra-
kau; es waren beinahe dieselben Personen, welche die Guld-
gungen darbrachten, aber der Geist der ganzen Demonstration
war doch ein anderer. Man fühlte, daß man in einer Stadt
sich befand, deren Bevölkerung überwiegend nicht polnischer, son-
dern ruthenischer Nationalität ist. Dennoch gelang es den
Polen, das ruthenische Element bei den Begrüßungen in den
Hintergrund zu drängen. Lange vor der Kaiserreise war in
ruthenischen Kreisen davon die Rede gewesen, dem Kaiser ein
Bild von dem ungerechtfertigten Uebergewicht der Polen vor-
zuführen und mit den Klagen nicht hintanzuhalten. Polni-
schen Einflüssen gelang es jedoch, jede unmittelbare Annäherung
des Kaisers an die Ruthenen zu hintertreiben. Die polnischen
Magnaten und ehemaligen Insurgenten sind strenge und
rücksichtslose Herren im Lande, von unbuldsamem
Fanatismus besetzt, der sich in allen ihren Handlungen kundgibt.
Die Unterdrückung des ruthenischen Volkes in Galizien wäre —
so meint die „Nat. Ztg.“ — vielleicht ein Kapitel, das im preu-
ssischen Landtage zur Sprache gebracht werden sollte, wenn dort
die Polen unter dem Beistande des Zentrums über Vergewaltig-
ung ihrer Nationalität klagen. Die Beschwerden, die sie jedes
Jahr vorbringen, sind geradezu lächerlich im Vergleiche zu dem
kompromittirenden Material, das dagegen gegen sie beigebracht
werden könnte. Die Ruthenen sind durch die jüngsten Vorgänge
sehr erbittert worden, und es muß abgewartet werden, ob sie
ihre Beschwerden gegen die Sarmaten nicht doch noch vor den
Kaiser bringen. Zu dem überflüssigen und bei jeder Gele-
genheit wiederholten Danke der polnischen Begrüßungswertreter
für die Förderung ihrer nationalen Sprache ließe sich aus der
Unterdrückung eines von drei Millionen Seelen gepflegten Idioms
ein sonderbarer Kommentar beifügen. Der Kaiser hat übrigens

in Lemberg alle an ihn gerichteten Ansprachen deutsch beantwortet.

Die Frage einer eventuellen Ministerkrisis, die durch den Rücktritt Freycinet's bedingt würde, bildet nun schon wochenlang das Gesprächsthema in den politischen Kreisen Frankreichs. Seit der Montaubaner Rede des Ministerpräsidenten tritt die Frage immer und immer wieder an die Oberfläche. Nicht unbeachtet darf es bleiben, daß nunmehr auch die Dissidien in Frankreich die Möglichkeit einer solchen Krisis zugeben. So schreibt der Pariser Korrespondent der „Polit. Korresp.“:

„Anlässlich der gemäßigteren Haltung Freycinet's gegenüber den religiösen Kongregationen ist viel von einer Ministerkrisis die Sprache. Freycinet soll sein Portefeuille an Challemeil-Lacour abgeben, der in London durch Herbet, den Direktor für Personal-Angelegenheiten, ersetzt werden soll. Herr von Saint-Ballier würde Berlin verlassen und sein Posten Herrn de Freycinet angeboten werden. Die Gerüchte werden übrigens noch durch nichts bestätigt.“

Auch der dem französischen Kabinett nahestehende „National“, der bisher feierlich behauptete, daß im Ministerium die rührendste Uebereinstimmung bezüglich der Frage der geistlichen Orden herrsche, giebt jetzt nicht nur die Gefahr einer Ministerkrisis zu, sondern kann auch schon versichern, daß für die Nachfolge des Herrn von Freycinet im Ministerium des Aeußern Herr Challemeil-Lacour genannt, jedoch als „eine äußerste Etage“ bei Seite geschoben worden wäre. Es sei auch, fügt der „National“ hinzu, davon die Rede, daß Herr Jules Ferry das Ministerpräsidium übernehmen und das Portefeuille des Unterrichts an Herrn Paul Bert abtreten solle. Bemerkenswerth ist, daß in Rom in politischen Kreisen viel die Rede ist von einem Privatschreiben Gambetta's an seinen Freund, den Ministerpräsidenten Catoli, in welchem er sich über die Opportunität ergeht, die bekannte tunesische Angelegenheit nicht zu verwickeln, da dieselbe sich in naher Zukunft von selbst begleichen werde. In den Kreisen, in welchen die Version über die Existenz dieses Schreibens zirkulirt, interpretirt man die Anweisung Gambetta's auf eine nahe Zukunft als einen Wink desselben über den wahrscheinlichen Rücktritt Freycinet's. Es scheint demnach, als habe Gambetta indirekt die Schuld an den Konflikt zwischen Frankreich und Italien seinem früheren Freunde Freycinet in die Schuhe geschoben, um auf diese Weise die Italiener für sich zu kaptiviren.

Die klerikale Presse in Frankreich versichert nunmehr mit einem auffallenden Eifer, daß alle geistlichen Kongregationen bis auf eine einzige sich der bekannten „Erklärung“ angeschlossen haben. Dieser Eifer bekundet deutlich genug, daß die Ultramontanen sich nicht mehr der Wahrnehmung verschließen können, daß das Kabinett Freycinet ernstlich gewillt ist, die Märzdekrete gegen sämtliche vom Staate nicht autorisirten geistlichen Genossenschaften zur Ausführung zu bringen. Bestand bisher aber noch Unklarheit über den Ursprung der Erklärung selbst, so ist ein von dem Organ des Kardinal-Erzbischofs von Paris, der „Semaine religieuse“, veröffentlichter Artikel wohl geeignet, helles Licht über die Provenienz des vielbesprochenen Aktenstückes zu verbreiten. In dem von dem Kardinal-Erzbischof Guibert selbst eingefandten Artikel wird zunächst konstatiert, daß in Gemäßheit der Inspirationen der römischen Kurie die Erklärung den verschiedenen geistlichen Genossenschaften zur Unterzeichnung vorgelegt worden sei. Die „Semaine religieuse“ theilt dann ein langes Verzeichniß von männlichen Kongregationen mit, welche der an sie ergangenen Aufforderung bereits entsprochen haben, während die von Frauen gebildeten geistlichen Genossenschaften sich jenen beinahe vollständig angeschlossen, und der Rest sich sicherlich beieilen werde, die bisherige Versäumniß bald auszugleichen. Unter den männlichen Kongregationen heben wir die Franziskaner, die Augustiner, die Trappisten, die Benediktiner und die Kapuziner hervor. Inzwischen haben aber die Dinge in Frankreich eine für die geistlichen Genossenschaften wenig günstige Wendung genommen; dieselben sollen vom 4. Oktober an der Reihe nach aufgelöst werden, wenn anders dieselben sich nicht noch in letzter Stunde den Staatsgesetzen unterwerfen und anstatt der zweideutigen Erklärung in förmlicher Weise die im zweiten Märzdekrete vorgeschriebene staatliche Autorisation erbitten.

Der „Observatore Romano“ drückt sich über die Note des Amtsblattes, worin gesagt wurde, die französische Regierung sei keine Verpflichtungen eingegangen, folgenmaßen aus: „Diese Note läßt betreffs ihrer Klarheit viel zu wünschen übrig. Indeß hätte die französische Regierung schweigen können; ihre Absichten sind wohl bekannt.“ Die französischen Bischöfe haben bereits auch theilweise den Kampf gegen die Regierung bis aufs Messer wieder aufgenommen. Vor allen zeichnete sich dieses Mal der Kardinal-Erzbischof von Cambrai aus, welcher in seiner letzten Rede nicht allein erklärte, daß die Jesuiten, wenn sie auch nicht mehr vereint zusammenleben könnten, doch ihre geistlichen Funktionen fortsetzen würden, sondern auch die Mitglieder der Regierung auf das Schmählteste beschimpfte, sie „Wölfe“, „Apostaten“ u. s. w. schimpfte und schließlich prophezeite, daß die Kirche doch siegreich aus dem Kampfe gegen den gottlosen Staat hervorgehen werde.

Die „Républik Française“ schreibt: „In dem von Papst Pius VII. und dem ersten Konsul der französischen Republik unterzeichneten Konkordat war die Rückkehr der durch die Revolution vertriebenen geistlichen Orden so wenig vorgesehen, daß während des ganzen ersten Kaiserthums, unter der Restauration und während der ersten Hälfte des Königthums Louis Philipps die Kloster-Kongregationen sich nicht getrauten, ans Tageslicht zu kommen und sich wieder bei uns anzusiedeln. Da wo es solche gab, versteckten sie sich und lebten außerhalb des Gesetzes. Die weiblichen Kongregationen wurden durch die Gesetzgebung von 1822 etwas mehr begünstigt, allein die Mönche ließen sich nicht wieder sehen, und als die Jesuiten sich blicken ließen, mußte die Regierung, die ihnen doch hold war, auf den einstimmigen Ruf des Landes ihre Anstalten schließen.“

Das mexikanische Abenteuer Napoleons III. hat nunmehr seinen vollgültigen Abschluß auch nach der diplo-

matischen Seite gefunden. Am 5. Oktober nehmen Frankreich und Mexiko nach einem nunmehr erzielten Uebereinkommen ihre diplomatischen Beziehungen offiziell wieder auf. Die Regierung zu Mexiko hat zu ihrem Gesandten in Paris Herrn Velasco ernannt, welcher schon die Unterhandlungen für diese Versöhnung geführt hatte. Der französische Gesandte in Mexiko ist noch nicht bestimmt, man nennt als den Kandidaten, welcher die meisten Aussichten auf diesen Posten hätte, Herrn Dauzon, einen früheren Präsekte von Korsika, der ein bewährter Republikaner ist und fertig spanisch spricht.

An die bisherigen sensationellen Enthüllungen des Bischofs Dumont von Tournay wird sich dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen eine neue, nicht weniger merkwürdige anschließen. — Bischof Dumont erfreute sich nämlich der besonderen Zuneigung Papst Pius IX. und erhielt von diesem zuweilen Briefe. In einem dieser Briefe ist der verstorbene Papst auch auf seinen etwaigen Nachfolger zu sprechen gekommen und hat dabei die Aeußerung gethan, es würde ein Unglück für die Kirche sein, wenn die Wahl des Konklave auf den Erzbischof Pecci von Perugia (jetzigen Papst Leo XIII.) fiel. Der Text dieses Briefes soll jetzt veröffentlicht werden.

Als die Nachricht in Madrid bekannt wurde, daß die Königin einer Prinzessin genesen sei, begab sich der Minister-Präsident Canovas sofort ins königliche Palais, 15 Kanonenschüsse verknüpfen der Menge das Ereigniß, welche den sechzehnten Kanonenschuß, der die Geburt eines Prinzen bedeutet hätte, vergeblich erwartet hatte, und dann in den Ruf ausbrach: „Viva la infanta!“ Fünf Personen waren bei der Geburt der Prinzessin zugegen, nämlich der König, die Königin Isabella, Erzherzogin Elisabeth, Dr. Nield und die Aja. In einem großen Nebensalon waren die spanischen Granden, Diplomaten, die Generalität und der Alerus versammelt. Der König begab sich nach einer Weile in den Salon und präsentirte die auf einer silbernen Platte ruhende, mit einem Gazeschleier verhüllte Prinzessin. Minister-Präsident Canovas hob den Schleier auf, und der Justizminister, der als königlicher Notar fungirte, gab die Erklärung bezüglich des Geschlechts des königlichen Kindes ab. Der Geburtsakt, der nach echt spanischem Ceremoniel abgefaßt ist, füllt 15 Seiten. Das Wickelband des Kindes ist ein Geschenk des Papstes, der es in einem kostbaren, von Pius IX. herührenden Schreine schickte. Während der Ceremonie fand ein Teudefum unter dem Geläute der Glocken von 15 Thürmen statt. Die Prinzessin wird Maria Isabella Hyacintha (nach anderer Meldung Mercedes) heißen. Die Prinzessin ist blond und blauäugig. Die Königin wird nach 40 Tagen zum ersten Male wieder ausgehen und die Messe besuchen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 14. September. [Die Versammlung der hannoverschen Liberalen. Das Bank-Ruratorium. Von der liberalen Gruppe.] Der Versammlung, welche Bennigsen und Genossen am nächsten Sonntag nach Hannover berufen haben, wird, wie in allen politischen Kreisen, so natürlich besonders unter den mit der Sezession einverstanden Liberalen, mit großem Interesse entgegensehen. Nicht als ob irgend Jemand darüber zweifelhaft wäre, daß sie mit einem, vermuthlich einstimmigen Vertrauensvotum für Bennigsen enden wird, oder als ob ein sezessionistischer Liberaler Herr v. Bennigsen dasselbe mißgönnte: die angebliche Feindseligkeit der Sezessionisten gegen den hannoverschen Politiker besteht nur in der Einbildung von Vertheidigern, die ihn mehr kompromittiren, als daß sie ihm nützen. Auch rechnet man wohl zu allererst auf sezessionistische Eroberungen gerade in der Provinz, in welcher Bennigsen's persönliches Ansehen so fest begründet ist und wo den Welsen gegenüber eine Spaltung der Liberalen ihre besonderen Bedenken hätte. Worauf man gespannt ist, das sind lediglich die Darlegungen, welche Bennigsen selbst von seiner gegenwärtigen Auffassung der Situation geben wird. Spricht er sich z. B. über die sogenannten Steuerreform-Pläne ungefähr so aus, wie neuerdings die „Nat.-Lib. Korresp.“, welche auch von der Kardorff'schen Weisheit nichts wissen will, und die Verwendung der nächsten Ueberschüsse zur Wiederabschaffung drückender indirekter Abgaben verlangt, dann kann man mit den ersten Wirkungen der Sezession sehr zufrieden sein: alsdann wird die u. A. von uns vertretene Hoffnung verstärkt sein, daß in Folge der Sezession Herr von Bennigsen das thun würde, wozu er während der Dauer des alten Fraktionsverbandes nicht zu bewegen war, nämlich neben dem Einfluß des Kanzlers auf die öffentliche Meinung auch die Gefahr vollständiger Verflüchtigung des liberalen Gedankens als einen Faktor in seinen taktischen Berechnungen aufzunehmen. — Es liegt nahe, die Meldung, daß das Kuratorium der Reichsbank auf Freitag zusammenberufen worden, mit der vielerörterten Goldfrage in Zusammenhang zu bringen. Indeß ist nicht ersichtlich, ob es sich um eine außergewöhnliche oder um eine der vierteljährlichen Sitzungen handelt, in denen nach dem Bankgesetz dem Kuratorium regelmäßig über die Geschäfte und Einrichtungen der Bank Bericht zu erstatten ist. Dasselbe besteht aus dem Reichskanzler (resp. seinem Stellvertreter), aus einem vom Kaiser ernannten Mitgliede (jetzt Finanzminister Bitter) und drei vom Bundesrathe gewählten Mitgliedern desselben. — Eifrige Reporter machen auf die Namen des am 8. d. M. gewählten Ausschusses der neuen liberalen Gruppe Jagd, als ob es sich um das interessanteste Geheimniß handelte. Einer berichtet heute, der Ausschuß bestehe aus den Herren Nicker, Lipke, Lasker und Jordanbeck „und noch einem fünften Mitgliede“. Warum hat er auf das fünfte Mitglied nicht ebenso gerathen, wie auf die Herren Lasker und v. Jordanbeck? Diese beiden gehören nämlich dem Ausschusse nicht an. Da es sich ja aber nicht um die heimliche Behme handelt, so wäre es wohl verständlich, die fünf Namen (wir kennen sie, sind aber durch das am 8. prokla-

mirte „Geheimniß“ verpflichtet, sie nicht zu nennen) einfach zu veröffentlichen.

— Dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz ist nachstehendes Handschreiben der Kaiserin zugegangen:

Ich habe den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz über die Zeit von 1872—1880 mit der warmen Theilnahme entgegengenommen, mit der ich seine Thätigkeit in diesen acht Jahren begleitete. War mir in Folge dessen auch das Meiste von seinem Inhalte nicht unbekannt geblieben, so gab mir doch dieser zusammenfassende Rückblick auf eine längere Reihe von Jahren ein besonders anschauliches Bild dessen, was einerseits anerkennenswerthe Hingebung für die gute Sache erreicht hat, was andererseits in der Zukunft noch erstrebt werden soll. Ohne eingehen zu können auf die Einzelheiten dieses fortschreitenden Entwicklungsganges muß ich mit Genugthuung als denselben bezeichnend hervorheben: opferfreudige Vaterlandsliebe, verbindende Gemeinschaft mit gleichgesinnten Bestrebungen, internationale Solidarität des Rothen Kreuzes im Dienste der Humanität. Diese Grundlage bleibe stets erhalten, das wolle Gott! Entstanden durch die ersten Anforderungen einer unvergleichlich großen Zeit, bewährt und befestigt durch einsichtsvolle, andauernde Arbeit, schreitet ihre Vereinigung vor in Erfüllung ihrer hohen, nationalen Aufgabe, und so wird auch die demnächstige Berathung des zweiten Vereinstages, über die beste Sicherung der den Vereinen im Kriegsfalle künftig zufallenden Leistungen durch ihre jetzige Friedenthätigkeit, eine wichtige Stufe bezeichnen auf dem eingeschlagenen Wege zu immer weiterer Vervollkommnung. Mit diesem Blick in die Zukunft verbinde ich unmittelbar für alles in der Vergangenheit geleistete erneuten Dank und die Versicherung, daß ich mit wahrer Freude Ihnen stets Meinen Schutz und Meine Mitwirkung gewähren werde.

Berlin, den 10. September 1880.

gez. Augusta.

In Düsseldorf wurde am Freitag in einer Konferenz von Düsseldorf'schen Rüstlern und den kölnner Herren Dr. Ecker, Bürgermeister Thewalt und Prof. Mohr das Programm für den historischen Festzug für die kölnner Domfeier festgesetzt. Dem Programm gemäß werden 800 Personen und ca. 350 Pferde in dem Zuge am 16. Oktober figuriren. Der Zug zerfällt in drei Abtheilungen, umfassend 1. die Grundsteinlegung zum Dom 1248, 2. die Einweihung des Domes 1322 und 3. die Grundsteinlegung zum Fortbau 1842. Die beiden obersten Etagen des Baugerüsts an dem nördlichen Thurne des Domes sind jetzt so weit niedergelegt, daß man den Knauf und die oberste Partie der Kreuzblume von verschiedenen Punkten der Stadt aus sehen kann.

Zur Affaire des deutschen Gesandten Baron Magnus in Kopenhagen schreibt der „Petersburger Herald“ noch nachträglich: Der vielbesprochene deutsche Gesandte am dänischen Hofe, Baron Magnus, hat schon einmal viel von sich reden gemacht, allerdings mehr zu seinen Gunsten, als jetzt, nach der Affaire mit der französischen Schauspielerin. Als im Juni des Jahres 1867 die Macht Kaiser Maximilians, der das romantisch gelegene Miramare mit dem blutigen Thron Mexikos veräußert hatte, durch Juarez gebrochen war und der unglückliche österreichische Erzherzog gefangen seines Todesurtheils harrte, verließen ihn sämtliche bei ihm beglaubigten europäischen Gesandten, der österreichische, welcher wohl zumeist berufen war ihn zu schützen, als der erste. Sie fürchteten die Rache des Präsidenten Juarez, mehr aber noch den aufgeregten mexikanischen Pöbel, welcher gegen alle Ausländer aufs Heußerli erbittert war. Nur der preussische Gesandte, Baron Magnus, verbarnte auf seinem Posten und that sein Möglichstes, den deutschen Fürsten zu retten, drang sogar bis ins Hauptquartier des gefürchteten Juarez und blieb, als auch sein persönliches Bitten bei diesem fruchtlos war, bis zum letzten Augenblicke bei dem unglücklichen Kaiser. Das seine Bemühungen ohne Erfolg waren, nimmt denselben nicht ihren Werth. Die bekannte Fürstin Salm-Salm, Gattin des später als preussischer Major bei Graevette gefallenen Adjutanten des Kaisers Maximilian, nennt in ihrem interessanten Werke „Zehn Jahre aus meinem Leben“ den Baron Magnus „den einzigen Mann“ von allen dortigen Ausländern. Durch seine aufopfernden Bemühungen für den Bruder des österreichischen Kaisers that der Gesandte indirekt viel zur Wiederherstellung des nach dem Kriege von 1866 erkalteten guten Einvernehmens beider Länder. Zur Verdringung des Erzherzogs wurde er nach Wien geladen und Kaiser Franz Josef, sowie sämtliche Mitglieder des Herrscherhauses sprachen ihm in warmen Worten ihren Dank aus. Er war, beiläufig bemerkt, auch der erste Preuze, welcher nach dem Kriege mit einem österreichischen Orden decorirt wurde, und zwar empfing er denselben direkt aus den Händen des Kaisers. Jetzt kostet ihm eine übel angebrachte Galanterie wahrscheinlich seine diplomatische Stellung, es ist aber billig, daß man auch seiner früheren Leistungen mit Anerkennung gedenkt.

## Gesetz,

betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren.

(Schluß.)

Titel X.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 80. Das Gesetz, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren, tritt in der durch das gegenwärtige Gesetz ihm gegebenen Fassung gleichzeitig mit dem Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung in Kraft.

Auf die vor dem Zeitpunkte des Inkrafttretens bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf das Verfahren und die Zulässigkeit der Rechtsmittel lediglich die Bestimmungen der früheren Gesetze Anwendung.

§ 81. Alle in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Fristen sind präklusivisch. Für die Berechnung derselben sind die bürgerlichen Prozeßgesetze maßgebend.

Die Art der Zustellung der in streitigen Verwaltungssachen ergehenden Entscheidungen, Bescheide und Verfügungen wird, soweit darüber gesetzliche Vorschriften nicht bestehen, durch die Geschäftsregulative (§§ 8, 14, 30) bestimmt.

§ 81a. Die Beschwerde kann innerhalb der für dieselbe vorgeschriebenen Frist bei dem Gerichte, gegen dessen Entscheidung sie gerichtet ist, oder bei dem angerufenen Gerichte eingelegt werden.

Das Gericht, gegen dessen Entscheidung die Beschwerde gerichtet ist, verfährt bei Veräumung der vorgeschriebenen Frist nach Bestimmung des Schlußsatzes des § 55.

Für das angerufene Gericht kommt § 59 (§ 37) zur Anwendung; an die Stelle des Antrages auf Aenderung der mündlichen Verhandlung tritt der Antrag auf Entscheidung durch das Gericht.

§ 82. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann beantragen, wer durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, die in dem gegenwärtigen Gesetze oder die in den Gesetzen für Anstellung der Klage beziehungsweise für den Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren vorgeschriebenen Fristen einzuhalten. Ueber den Antrag entscheidet das Gericht, dem die Entscheidung über die veräumte Streithandlung aussteht. Die veräumte Streithandlung ist, unter Anführung der Thatfachen, mittelst deren der Antrag auf Wiedereinsetzung begründet werden soll, sowie der Beweismittel, innerhalb zwei Wochen nachzuholen; der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, mit welchem das Hinderniß gehoben ist. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der veräumten Frist an gerechnet, findet die Nachholung der veräumten Streithandlung beziehungsweise der Antrag auf Wiedereinsetzung



Produkten-Börse.

Berlin, 14. September. Wind: NW. Wetter: Leicht bewölkt. Weizen per 1000 Kilo loco 190-235 M. nach Qualität gefordert. Roggen per 1000 Kilo loco 186-204 M. nach Qualität gefordert, russischer 190 1/2-191 ab Bahn bez., neuer inländischer 196 bis 202 M. ab Bahn bez., feiner - M. a. B. bez., per September 186 1/2-187 1/2 M. bez., per September-Oktober 183 1/2-185 bez., per Oktober-November 179 1/2-181 1/2 bez., per November-Dezember 178 1/2-179 1/2 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 175-176 bez., Gefündigt - Zentner, Regulierungspreis - M. bez., Gerste per 1000 Kilo loco 135-165 nach Qualität gefordert, russischer 135-142 bez., ost- und westpreussischer 135-145 bez., pommerischer und mecklenburgischer 138-145 bez., schlesischer 135-145 bez., böhmischer 135-145 bez., per September - bez., per September-Oktober 139 bez., per Oktober-November 135 1/2 bez., per November-Dezember 134 1/2 bez., per April-Mai 138 bez., Gefündigt 5000 Zentner, Regulierungspreis 140 bez. - Erbsen per 1000 Kilo loco 190 bis 205 M., Futterwaare 180-189 M. - Mais per 1000 Kilo loco 128-132 bez. nach Qualität, rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab Bahn bez., Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,00 bis 30,00 M., 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 M. - Roggenmehl inkl. Sad 0: 27,50-26,50 M., 0/1: 26,25-25,25 M., per September 26,05-26,10 bez., per September-Oktober 25,75-25,80 bez., per Okto-

ber-November 25,40-25,45 bez., per November-Dezember 25,25 bez., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 24,80 bez., Gefündigt - Zentner, Regulierungspreis - bez. - Delsaat per 1000 Kilo Winterraps neuer 220-245 M., Winterribsen neuer 215-240 M. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 54,5 M., flüssig - M., mit Fass 54,8 M., per September 54,6 bez., per September-Oktober 54,6 bez., per Oktober-November 54,8 bez., per November-Dezember 55,5 bez., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., abgel. Sch. - bez., April-Mai 57,8 -57,7 bez., Gefündigt 1000 Zentner, Regulierungspreis 54,5 bez. - Leinöl per 100 Kilo loco 65 1/2 bez. - Petroleum per 100 Kilo loco 30 M., per September 29,0 bez., per September-Oktober 28,5-28,4-28,5 bez., per Oktober-November 28,6 M. bez., per November-Dezember 28,8 bez., per Dezember-Januar 29,3 M. bez., per April-Mai - bez., Gefündigt - Zentner, Regulierungspreis - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 59,9 bez., per September 61,0-60,7-60,8 bez., per September-Oktober 57,9-57,5-57,6 bez., per Oktober-November 56,1-56,0 bez., per November-Dezember 55,3-55,2 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 56,7-56,5-56,6 bez., (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 14. September 1880. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen: luftlos, alter, hochbunt u. glasig 220-230 M. neuer abf. Qualität 160-200 M. Roggen: unveränd., feiner loco inländischer 185-192 M. abfallende Qualität 170-180 M. Gerste: feine Brauwaare 175-180 Mark, große 160-165 Mark, kleine 145-155 Mark. Hafer: loco alter 160-170 M., neuer 140-145 M. Erbsen: Kochwaare 170-180 M. Futterwaare 160-165 M.

Mais: Mühlen: Raps: ohne Handel. Spiritus: niedriger, pro 100 Liter à 100 pSt. 58-59 M. Rubelcours: 209,75 Mark. Stettin, 14. September. (An der Börse.) Wetter: Trübe. Temperatur + 16 Grad R. Barometer 28. Wind: W. Weizen etwas feiner, per 1000 Kilo loco 192-196 M., feuchter mit Ausbruch 155-180 M., weißer 195-200 M., per September-Oktober 195 M. bez., per Oktober-November 191,5 M. bez., per Frühjahr 191-191,5 M. bez. - Roggen feiner, per 1000 Kilo loco inländischer 180-190 M., russischer 180-184 M., per September-Oktober 178 bis 179 M. bez., per Oktober-Nov. 175,5-176,5 M. bez., per Frühjahr 170,5 M. bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco geringe 140-145 M. Br., Ockerbruch und Märker 150-156 M. bez. - Hafer still, per 1000 Kilo loco pommerischer 142-145 M. bez. - Erbsen ohne Handel - Winterribsen matter, per 1000 Kilo loco 220 bis 244 M., per September-Oktober 246-245 M. bez., per Oktober-November 245 M. bez., per April-Mai 261 M. Br. - Winterraps per 1000 Kilo loco - M. - Rübsöl geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., per September 55 M. Br., September-Oktober 54,5 M. Br., per Oktober-November 55 M. Br., per November-Dezember - M. bez., per April-Mai 58 M. Br. - Spiritus nahe Termine matter, spätere behauptet, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 60,3 M. bez., per September 59,7-59,5 M. bez., per September-Oktober 56,6-56,8 M. bez., per Oktober-November 54,6 M. bez., per November-Dezember 54 M. bez., per Frühjahr 55 M. bez. u. Gd. - Angemeldet: Nichts - Regulierungspreise: Weizen 195 M., Roggen 178,5 M., Mühlen 245,5 M., Rübsöl 55 M., Spiritus 59,6 M. - Petroleum loco 10,2-10,2 M. tr. bez., alte Ufanz - M. bez., per September-Oktober - M. tr. bez., Regulierungspreis 10,25 M. (Dresd.-Ztg.)

Berlin, 14. September. Das gestrige Nachgeschäft hatte recht matt geschlossen; aber die niedrigeren Kurse fanden an den fremden Börsen keinen Anklang, und die heute vorliegenden Meldungen von außerhalb lauteten fester. Anscheinend hatte das hiesige Aussehen sich bemüht, die Tendenz der fremden Plätze zu folgen. Nur die abermalige Mattigkeit der österreichischen Valuta wirkte verstimmend. Doch setzte ein Theil der leitenden Papiere wesentlich über den gestrigen 3 Uhr-Kursen ein; Kreditaktien gewannen gegen dieselben 3 M., Elbthal 5 1/2 M.; auch fremde Renten, namentlich ungarische Goldrente und rumänische Anleihe stellten sich bei mäßig regen Umsätzen höher. Auch Bergische zogen 1/2 pSt. an, während die übrigen deutschen Bahn-

papiere vernachlässigt blieben. Schleifische Devisen, namentlich ober-schlesische, erschienen matt. Dagegen erholten sich deutsche Bank-Aktien um 1 1/2 pSt.; man erwartete, daß ein sehr günstiger Abschluß in der heutigen Aufsichtsraths-Sitzung vorgelegt werden würde. Diskonto - Kommandit-Antheile brachten 1/2 pSt. von ihrem gestrigen Rückgange wieder ein. Unverändert matt blieben dagegen Dortmunder Union und Laurahütte, so wie die meisten Bergwerkspapiere. Die Spekulation meinte aus den bereits gemachten Mittheilungen über das Vorjahr auf einen verhältnißmäßig weniger günstigen Abschluß schließen zu müssen. Die übrigen Spielpapiere lagen still. Gegen Baar gehandelte Aktien rubig. Anlagenerthe wenig fest. Anfangs schwankten die Mittheilungen über

den Geldstand; doch schienen sich der Privatdiskont auf der höchsten Höhe des gestrigen Tages - 5 1/2 pSt. - zu behaupten. - Der Verkehr verlief im Allgemeinen recht rubig; die Stimmung ward zunehmend günstiger, wenn auch vereinzelt noch einiges Interesse an der Baiffe hervortrat. Gegen 2 Uhr schwächte sich die Haltung wieder ab. Per Ultimo notirte man: Franzosen 488-7,50-9-488,50, Lombarden 142,50, Kreditaktien 494-3,50-5-494,50, Diskonto - Kommandit-Antheile 177-7,50. Bismarckhütte 119 bezahlte Gd. Mecklenburgische Hypotheken - Pfandbriefe waren wieder 1/2 pSt. höher. Berliner Bank-Gesellschaft werden per Ultimo mit 104,50-104 1/2 gehandelt. Der Schluß war schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14. September 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Reichsb.-Obl.) and their corresponding prices in Marks and Pfennigs.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries (e.g., Amerik. rds., Norweg. Anleihe, Ungar. Goldrente) with their prices.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from various regions (e.g., Badische Bank, Bayer. Bank, Deutsche Bank) with their prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from various lines (e.g., Aachen-Nastriht, Berlin-Anhalt, Ostpreuss. Südbahn) with their prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines (e.g., Aach.-Nastriht, Berlin-Anhalt, Ostpreuss. Südbahn) with their prices.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds from various countries (e.g., Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwigl.) with their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks (e.g., Brauerei Pilsener, Danneb. Rattun, Dtsch. Eisen-Bau) with their prices.

Eisenbahn-Stampfprioritäten.

Table listing railway steam priority bonds from various lines (e.g., Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, Halle-Sorau-Guben) with their prices.

Staatsbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks (e.g., Berl.-Potsd.-Magd., Berlin-Stettin, Köln-Minden) with their prices.